

KURZ NOTIERT

von Nadine Willner

Die Autorin arbeitet bei einem Projekt des UN World Food Programmes ›ShareTheMeal‹ und ist Mitglied der Südostasien Informationsstelle

■ 30 Jahre Hun Sen

Hun Sen, früherer *Khmer Rouge*-Kommandeur und heutiger Premierminister Kambodschas, ist dieses Jahr seit 30 Jahren ununterbrochen an der Macht. Sein Regierungsstil wird seit jeher bestimmt durch gewaltsame Unterdrückung und Kontrolle, Wahlmanipulationen, Korruption und Vetternwirtschaft. Unterstützt durch ausländische Kräfte, kann er sich nun seit 1985 an der Regierungsspitze halten. Eine lange Liste politisch motivierter Morde und Menschenrechtsverletzungen durchziehen seine 30-jährige Amtszeit.

Nach 30 Jahren Krieg und Konflikten stehen die Menschen im Land der Politik skeptisch gegenüber, soziales und politisches Misstrauen sind tief eingegraben in Gesellschaft und politischer Kultur. Für Hun Sen sind der Erhalt von Frieden und wirtschaftliche Entwicklung die zentralen Punkte in der Politik, Demokratie und Menschenrechte sind ihm zweitrangig. Nach dem Bürgerkrieg brachte er Wirtschaftswachstum und Stabilität ins Land, jedoch statt nach demokratischen Regeln zu spielen, werden politische

Gegner ruhiggestellt. 1997 gelang es ihm, durch einen Coup Prinz Norodom Ranariddh als einer der beiden politischen Spitzen abzusetzen. Von da an herrschte Hun Sen alleine. Offiziell ist Kambodscha eine präsidentielle Demokratie, Experten sehen in Hun Sens Regierungsweise aber eine kontinuierliche Rückentwicklung zu einem Ein-Parteien-Staat. Die nächsten Wahlen finden 2018 statt. Ob die Opposition bis dahin weiter schwach gehalten werden kann, bleibt abzuwarten.

Hrw.org, 12.1.2015

■ Aufruf zum Ende der Selbstzensur

PEN International ist eine NGO, die unter anderem für Meinungsfreiheit kämpft und sich politisch für AutorInnen einsetzt, die von ihrer Regierung unterdrückt werden. *PEN Cambodia* wurde 2010 von Heng Sreang gegründet. Er möchte die jungen kambodschanischen AutorInnen dazu ermutigen, die Selbstzensur im Land zu beenden. Die NGO unterstützt über 100 aktive AutorInnen im Land. Leider gibt es nur wenige Verlage in Kambodscha, daher bleibt vielen nur, ihre Werke im

Internet zu veröffentlichen, womit sie allerdings kein Geld verdienen. Viele von ihnen schreiben lediglich Zusammenfassungen und Überarbeitungen von alten Legenden. PEN versucht nun, die traditionellen SchreiberInnen zu einem modernen, eigenen Stil zu bewegen: Sie sollen die Buchkultur in Kambodscha verändern und einen literarischen Wandel hervorbringen. Sreang gibt zu, dass die Situation aufgrund der eingeschränkten Meinungsfreiheit für viele AutorInnen schwer ist – sie

schreiben unter Pseudonymen und halten sich versteckt, viele Werke bleiben unveröffentlicht. Zudem, so Sreang, sei die Lesekultur unentwickelt, die meisten Menschen müssen für ihre Existenz hart arbeiten, Lesen ist zweitrangig. Aufgrund der Situation verlassen viele talentierte AutorInnen das Land. Sreang warnt die Regierung vor einem Verlust der kambodschanischen Kultur, wenn sie die AutorInnen des Landes nicht unterstützt.

Khmer Times, 7.7.2015

■ Gesetze schränken politische Freiheit weiter ein

Im Juli 2015 verabschiedete das Parlament ein kontrovers diskutiertes Gesetz, das die Aktivität von NGOs in Kambodscha neu regulieren soll. 5.000 nationale und internationale NGOs sollen sich demnach bei der Regierung registrieren lassen und ihre Arbeit genau erklären sowie ihre Finanzen offenlegen. Bei Missachtung drohen ihnen Bußgelder, strafrechtliche Verfolgung oder gar die Schließung. Ohne die Erlaubnis der Regierung sollen NGOs

bald keine Aktivitäten mehr vornehmen dürfen. Zudem soll die Regierung geäußert haben, auch die Aktivitäten von Gewerkschaften einzuschränken. In den letzten 15 Jahren kam es regelmäßig zu zähen Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaftlern. Auch das Internet soll nicht von der Zensur verschont bleiben. Aggressive Online-Kampagnen gegen die Regierung machten es dieser besonders während der Wahlen 2013

deutlich, welches politische Potenzial das Internet hat. Mehrfach hat die Regierung Gesetze gegen die digitale Politisierung erlassen. Mit den immer offensichtlicher werdenden Einschränkungen von Meinungs- und Pressefreiheit sowie der gewaltsamen Zerschlagung jeglicher politischen Opposition bewegt sich das Land immer weiter in Richtung eines autokratischen Staates.

The Diplomat, 27.5.2015